Bibliografische Information der deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der deutschen National-Bibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.ddb.de abrufbar.

ISBN 978-3-8305-1829-7

Lektorat: Cathrin Nielsen, Frankfurt/M.
www.lektoratphilosophie.de

© 2011 BWV · BERLINER WISSENSCHAFTS-VERLAG
Markgrafenstraße 12–14 · 10969 Berlin

Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der photomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung vorbehalten.

Inhalt

Vorwort 7

I. Das geistige und intellektuelle Erbe von Romano Guardini

Jean Greisch
Unterwegs zum Lebendig-Konkreten.
Romano Guardini und die zeitgenössische Phänomenologie 11

Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz
Auge und Licht. Annäherung an Romano Guardinis Wahrnehmung von Welt 27

Michele Nicoletti
Die Macht und das Gewissen. Theologisch-politische Gedanken
über die geistigen Grundlagen Europas 37

**II. Liegt Babel in Berlin? Zwanzig Jahre nach 1989:
Was wissen Wissenschaft, Philosophie, Literatur über unsere Zeit?**

Thomas Wild
Einführung 51

Gregor Dotzauer
Der lange Arm der Bonner Republik.
Anmerkungen zur Rolle der Zeitungen und der Medien 55

Maria Kreiner
Legitimation durch Verfahren. Gesellschaftliche Umbrüche ohne „das Volk"? 63

Uwe Kolbe
Die liegende Kuh. Viel vom Schweigen und etwas vom Liegen 77

Marion Poschmann
Die Unsichtbarkeit der Geschichte 83

Ingrid Bachér
Das Gewicht der Worte. Stichworte zur Frage: Liegt Babel in Berlin? 89

Gregor Dotzauer

Der lange Arm der Bonner Republik.

Anmerkungen zur Rolle der Zeitungen und der Medien

Was war eigentlich zu erwarten? Ein Drittes Deutsches Fernsehen? Eine *Dresdner Allgemeine Zeitung*? Oder auch nur ein sich seiner publizistischen Möglichkeiten bewusstes *Neues Deutschland*, dessen Stimme durch die ganze, von der Mauer befreite Republik erschallt? Wer darüber nachdenkt, wie 1989 die Strukturen der bundesdeutschen Medienlandschaft erschüttert hat, kann nur zu drei Ergebnissen kommen. Erstens: Der Osten spielt publizistisch keine eigenständige Rolle. Zweitens: Der Westen hat expandiert. Und drittens: Keine einzige der Hoffnungen, die auf Berlin ruhten, hat sich erfüllt. Der lange Arm der Bonner Republik hat Deutschland publizistisch fest im Griff. Das gilt es zu untersuchen.

Was die Chancen Ostdeutschlands auf eine eigene, autonome Stimme betrifft, kann man es kurz machen. Die Medienlandschaft hat sich in dieser Hinsicht unwesentlich anders entwickelt als die Unternehmenslandschaft im Allgemeinen. Nur wer immer noch an die Möglichkeit eines politischen Sonderwegs für die neuen Bundesländer glaubt, darf davon träumen, dass sich unter anderen Umständen andere mediale Strukturen ausgebildet hätten als diejenigen, die wir auch nach gut zwanzig Jahren im vereinigten Deutschland vorfinden – mit *Spiegel* und *Stern* an der Spitze der Magazine sowie *Süddeutscher Zeitung* und der *Frankfurter Allgemeinen* an der Spitze der Tageszeitungen. Eine Erklärung liegt auf der Hand: Die Wende hat auf einen Schlag das Unfreieste in einem Land hinweggefegt, über dessen sonstige Freiheiten man sicher differenzierter sprechen kann. Der Neuanfang, der Ostdeutschland auch auf dem Gebiet der bürgerlichen Öffentlichkeit ermöglicht werden sollte, verlangte nach Gründlichkeit. Die Machtbeharrung der westdeutschen Medien war ihr Preis.

Christoph Dieckmann hat in einem Essay über „Deutschlands Medien und ostdeutsche Öffentlichkeit" (in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 40/2005) daran erinnert, dass DDR-Journalisten von den letzten Tagen ihres Landes als „der Hoch-Zeit ihres Berufslebens" schwärmten: „Alles sei möglich gewesen – Live-Sendungen, kritischste Magazine, Enthüllungen von Wandlitz bis Kavelsdorf, von Schalck-Golodkowski bis Wolfgang Schnur. Die Einschaltquoten von DDR-Rundfunk und -Fernsehen boomten, die gewendeten SED-Zeitungen wurden spannende Lektüre. Die Medienmenschen fühlten sich endlich akzeptiert von einem Volk, das sie bislang als Eunuchen der Macht missachtet hatte." Die Tragfähigkeit dieser Hochgestimmtheit, die Chance, ein Gefühl zu professionalisieren, das die Bundesrepublik noch einmal mit der Idee einer wilden Gegenöffentlichkeit konfrontierte, die es Ende der Achtzigerjahre längst nicht mehr gab, darf man allerdings nicht überschätzen. Ich empfehle in diesem Zusammenhang das Schicksal des Leipziger Piratenfernsehsenders „Kanal X" als paradigmatischen Fall. Die DVD-Beilage zu dem aufschlussreichen Buch *Grauzone 8 mm – Materialien zum autonomen Künstlerfilm in der DDR* (Ostfildern 2007) dokumentiert, wie binnen eines Dreivierteljahres, zwischen März 1990 – das Gesetzblatt der DDR hatte im Monat zuvor die Freiheit der Medien verkündet – und Februar 1991 alle basisdemokratischen Träume zerstoben. Das Bundesamt für Post und Telekommunikation drohte mit horrenden Strafen, und der Medienkontrollrat war nicht gewillt, eine Sendegenehmigung auszustellen.

Die Bereitschaft, sich im Westen auf alternative Medienstrukturen einzulassen, war auch deshalb gering, weil die Kommerzialisierung der Medien – das Privatfernsehen war 1989 gerade fünf Jahre alt – und das Infotainment munter voranschritten und ihre eigenen Kulturkämpfe nach sich zogen. Die Bundesrepublik, verschnarcht, wie sie war, hatte schon mit ihrer eigenen Modernisierung alle Hände voll zu tun. Ansonsten regierte das Chaos, das die Treuhand auf allen Gebieten walten ließ.

Ich kann nur skizzieren, wie die Situation der DDR-Tageszeitungen zur Wende aussah und empfehle Beate Schneiders ausführliche Darstellung in Jürgen Wilkes *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*. Die insgesamt 39 Blätter wurden ausschließlich von den Parteien und Massenorganisationen herausgegeben. Ihre Gesamtauflage betrug 1989 9,8 Millionen Exemplare, wobei der größte Teil auf die 17 Zeitungen der SED entfiel mit dem *Neuen Deutschland* als Zentralorgan und den Bezirkszeitungen. Die Treuhandanstalt schrieb im Dezember 1990 zehn dieser einstigen Bezirkszeitungen aus und machte im April 1991 ausgewählten Bewerbern Offerten. Die Kaufinteressenten rekrutierten sich ausschließlich aus den großen westdeutschen Verlagen. Marktspezifische Kenntnisse, weder über den Osten noch den Westen, spielten keine Rolle. Der geschätzte Erlös betrug umgerechnet eine Dreiviertelmilliarde Euro; dazu kamen Investitionszusagen in fast gleicher Höhe.

Der Verkauf der Blockpartei-Zeitungen erfolgte direkt. Axel Springer, der Verlag der FAZ und der Heinrich Bauer Verlag teilten sie fast vollständig untereinander auf. Fusionen und Einstellungen blieben nicht aus. Eine Sonderrolle nimmt nur die lange von der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands und heute zur WAZ-Gruppe gehörende *Thüringische Landeszeitung* ein, die mit einer eigenen Vollredaktion überlebt hat.

Als die DDR-Führungsspitzen von Presse, Funk und Fernsehen gegangen oder gegangen worden waren, kam nicht nur westdeutsches Kapital. Mit ihm kamen auch die westdeutschen Kollegen. Das bringt uns zur Frage der Expansion. Im schlimmsten Fall kam so etwas heraus wie die *Super-Illu* aus dem Hause Burda: Ein von Wessis mit Ossi-Klischees im Kopf gemachtes Magazin, das einfacher gestrickte Ost-Identitäten so gut bediente, dass die Frage, wer hier wem einen Spiegel vorhielt, die Leser nicht weiter interessierte. Es bewegte allenfalls Medienredakteure und Intellektuelle, wobei die absurdeste Verteidigung der *Super-Illu* ausgerechnet der Dichter Peter Handke in der ZEIT wagte.

Im Idealfall wurde die Ost-West-Spannung thematisch, so wie bei der *Wochenpost*, bei der ich Mitte der Neunzigerjahre ein Jahr lang, bis kurz vor dem Untergang, als Literaturredakteur arbeiten durfte. Ich werde nie vergessen, wie auch redaktionsintern die Lebensgeschichten gegeneinander gehalten wurden. So versuchte das komplett ostdeutsch besetzte Korrektorat mir, dem Wessi, klarzumachen, dass ich nur Eva Strittmatters *Briefe aus Schulzenhof* lesen müsse, um zu verstehen, was die DDR ausgemacht habe. Die Bände, in denen sich die Lyrikerin als Kummerkastentante ihres Landes betätigte, haben mir, wie ich glaube, tatsächlich etwas von der unheimlichen Nestwärme der DDR vermittelt.

Die *Wochenpost* gehörte erst zur Verlagsgruppe Gruner+Jahr, die sie dann abstieß, um sie an den Münchner Unternehmer Dietrich von Boetticher zu verkaufen. Er hatte damals ohne Fortune auch den Luchterhand Verlag übernommen. Der Traum, einen publizistischen Brückenkopf zwischen Ost und West in langfristig europäischer Dimension zu etablieren, war zumindest in den ersten Nachwendejahren eine schöne Wirklichkeit. Das Blatt mag dann in den Ruin getrieben worden sein, aber ich fürchte, selbst der gutwilligste Verlag und die beste Redaktion hätten es nicht bis heute erhalten können. Das Ost-West-Projekt ist fürs

Auch die Wochenzeitung *Freitag*, die es sich auf die Fahnen geschrieben hatte, ist leider eine Randerscheinung geblieben. Ihr Überleben hing die letzten Jahre an einer grandiosen Selbstausbeutung. Nun hängt es am Kapital ihres jetzigen Eigentümers Jakob Augstein. Er hat das Blatt allerdings in *Das Meinungsmedium* umgetauft und zu großen Teilen ins Netz verlagert: ein Experiment, das rein ökonomisch bisher nicht gefruchtet hat. Die alten Leser gingen, und die neuen wollten nicht kommen.

Ich fürchte im Übrigen, dass man die Kolonisierung ganz Osteuropas durch Springer, Burda und Holtzbrinck nicht nur als Schande betrachten kann. Sowohl Polen als auch Ungarn stünden wahrscheinlich ohne die publizistische Vielfalt da, die ihnen ausländischen Geldgeber ermöglicht haben. Das polnische *Newsweek* und *Fakt* gehören Axel Springer, die Budapester Tageszeitung *Népszabadság* (Volksfreiheit) gehört nach dem Verkauf durch Bertelsmann der Schweizer Ringier AG wie die Boulevardzeitung *Blikk*. Um bei Ungarn zu bleiben: Springer kaufte 1990 neun Regionalzeitungen und gründete mehrere Frauenmagazine. Die WAZ-Gruppe, aus Rumänien und Serbien schon wieder auf dem Rückzug, ist in vier westungarischen Komitaten Eigentümerin von fünf regionalen Tageszeitungen und hält 75 Prozent am dem wöchentlichen Wirtschaftsmagazin *hvg*. Das österreichische Unternehmen Inform Media verlegt drei Tageszeitungen im Norden und Osten Ungarns. Der finnische Sanoma Verlag tummelt sich auf dem Markt der Monats- und Frauenmagazine und verlegt das zweitgrößte Wirtschafts- und Politmagazin *Figyelö*.

Eine bittere Wahrheit mag darin liegen, dass die guten osteuropäischen Geschäfte die Bilanzen der westeuropäischen Verlagshäuser entscheidend verbessern, ja dass sie, wenn man so will, ihre durch Internetkonkurrenz und rückläufige Anzeigenerlöse darbenden nationalen Produkte quersubventionieren. Eine Erkenntnis liegt aber auch darin, dass das, was man die politische Kultur Ungarns nennen könnte, sich im Zweifel von alleine ruiniert. Das betrifft den allgemeinen Rechtsruck wie das Ende 2010 erlassene neue Mediengesetz, das die gleichfalls neu etablierte Medienbehörde zur offenen Zensur aufruft.

Ist ein Rückzug westlicher Konzerne darauf die richtige Antwort? Sicher wäre es wünschenswert, wenn jedes Land, zumal in politisch so empfindlichen Bereichen wie den Medien, auf eigene Rechnung wirtschaften könnte. Aber die Redaktionen müssen den Bedürfnissen und Mentalitäten ihrer jeweiligen Leserschaft ohnehin entgegenkommen und Kompetenzen entwickeln, die sich im Gegensatz zu Geschäftsführern und Controllern nicht importieren lassen. Die Devise „Think Global, Act Local" lässt sich selbst unter den ungünstigsten Bedingungen nicht einfach zurücknehmen. Und mit jedem Jahr können und müssen nachwachsende Journalisten neu um die Gelegenheit kämpfen, ihr Haus im Rahmen ihrer Fähigkeiten und den Möglichkeiten, die ihnen zugebilligt werden, zu prägen. Die neuen Bundesländer sind dafür ein Beispiel. Nach harten Anfangsjahren, in denen westdeutsche Chefredakteure zur Reeducation ihrer ostdeutschen Kollegen abgestellt waren, haben sich die Welten wieder auseinanderdividiert. Auch der Typus des westdeutschen Kommunalpolitikers, der einer ostdeutschen Stadt mal so richtig beibiegt, wie sie zu organisieren sei, schwindet in dem Maß, in dem eine neue Generation ihre lokale Identität über die Erfahrung des Zeitenbruchs stellt.

Kommen wir zum dritten Punkt: einer überregionalen Zeitungsstimme aus Berlin, deren Gewicht sich auch in der Auflage niederschlägt. Die Enttäuschung dieser im Verlauf von zwanzig Jahren immer wieder aufs Neue genährten Hoffnung hat komplexere Ursachen als das Beharrungsvermögen der Hamburger, Stuttgarter und Münchner Provinz. Schließlich

Geld, und nichts wäre ihr lieber gewesen, als wenn sich die Investitionen gelohnt hätten. Unter welchen Bedingungen eine mächtige Hauptstadtzeitung den Platzhirschen hätte Konkurrenz machen können, ist leider aber schon eine fast anachronistische Frage. Denn wenn es eine Chance gab, die Weichen neu zu stellen, so ist sie verpasst.

Der lange Arm der Bonner Republik besteht nach wie vor in einem unzeitgemäßen Kartellrecht, das unter anderem die Fusion von *Berliner Zeitung* und *Tagesspiegel* unmöglich machte. Ob die städteübergreifenden Zusammenschlüsse von *Frankfurter Rundschau*, *Berliner Zeitung* und *Kölner Stadtanzeiger* unter dem Dach von DuMont Schauberg mehr als Linderung des ökonomischen Leids versprechen, lässt sich mit Blick auf die im April 2011 angekündigten dutzendfachen Entlassungen bezweifeln. Berlin für sich genommen – und jede überregionale Zeitung braucht eine prägende regionale Verankerung – hat insofern zusätzliche Schwierigkeiten, als es ohnehin zu viele Titel gibt, und die werden nach wie vor unter Preis verkauft. Die Frage ist indes, was man angesichts von Gratisangeboten im Netz überhaupt noch von Lesern verlangen kann, und ob ihr Verhalten sich nicht fundamental wandelt.

Niemand soll sagen, dass Stellenangebote und Wohnungsanzeigen im Internet nicht gut, vielleicht sogar besser, aufgehoben wären. Auch wo es um reine Information geht, ist das Internet schwer zu schlagen. Die Fähigkeit, sich auf journalistisch kompliziertere Genres einzulassen, scheint aber abzunehmen. Eine Studie der Global Management Consultants von A.T. Kearney stellt fest, dass die europäischen Kernmärkte Deutschland, Frankreich, England und Holland in den letzten fünfzig Jahren bei der Generation der unter 20-Jährigen eingebrochen sind. Die Marktanteile sind von 32 auf 23 Prozent gefallen. Tendenz: weiter fallend. Nennen Sie mir eine Zeitung, die deshalb nicht schwarz sehen würde – oder sogar wie die *New York Times* dem Abgrund ins Auge sehen müsste.

Wir haben es also mit einem Geschäftsmodell zu tun, das nicht *mehr* funktioniert, dem Printwesen, und einem Geschäftsmodell, das *noch* nicht funktioniert, dem Online-Journalismus. Aber lassen Sie mich einen Eindruck von den Versuchen geben, Berlin zu einer wirklich überregionalen Hauptstadtzeitung zu verhelfen. Stephan Weicherts und Leif Kramps vom Berliner Senat beauftragte Studie über den „Berliner Pressemarkt" bündelt dazu auf hundert Seiten wertvolle Informationen – und einige Irrtümer. So sind die Ullstein Verlage längst nicht mehr Teil von Axel Springer, sondern gehören zur schwedischen Verlagsgruppe Bonnier. Springer ist auch in Spanien aktiv, und Holtzbrinck in den USA. Ich erwähne das nur, um klarzumachen, dass die Machtverhältnisse in Europa und darüber hinaus kreuz und quer laufen. Und David Montgomery, der britische Zeitungstycoon mit seiner Firma Mecom, der die *Berliner Zeitung* vor dem Verkauf an DuMont Schauberg mit seiner Personalpolitik, seinen Profiterwartungen und seiner Unkenntnis des deutschen Marktes beinahe ruiniert hätte, bevor ihn die Krise selber ruinierte, hätte sich auch an jeder anderen Zeitung schadlos gehalten. Mit anderen Worten: Eine West-Ost-Debatte führt hier ins Leere.

Zugleich hat Berlin nach wie vor einen geteilten Zeitungsmarkt – allerdings nur geographisch. Die Grenze verläuft entlang der früheren Mauer – wobei gerade der Prenzlauer Berg bekanntlich von Westlern überlaufen ist. Die Inhalte von *Berliner Zeitung* und *Tagesspiegel* geben dazu bei allen Unterschieden in der politischen Ausrichtung nur bedingt Anlass. Man könnte die Redaktionen wahrscheinlich problemlos austauschen; es würde niemandem so recht auffallen. In welcher Weise wird der Ost-West-Dialog überhaupt noch geführt? Als Minderheitendiskurs, als lästige Selbstverständlichkeit, aus Pflicht oder mit der Neugier, die

In Berlin befinden sich die Hauptredaktionen von zehn Tageszeitungen. Geordnet nach steigender Gesamtauflagenzahl, wie sie die IVW vierteljährlich meldet, zunächst die *Junge Welt*. Was einst das Organ des Zentralrats der FDJ war, mit einer Spitzenauflage von 1,6 Millionen Exemplaren, dümpelt heute bei 10 000 bis 15 000 Exemplaren herum. Dann das *Neue Deutschland* mit knapp 40 000 Exemplaren, einst die Parteizeitung der SED, darauf der PDS und heute zu 50 Prozent in treuhänderischer Verwaltung für die „Linke". Dann *die tageszeitung* mit gut 55 000 Exemplaren. Weiter die Boulevardzeitung *Berliner Kurier* mit rund 120 000 Exemplaren, etwa gleichauf mit der Berlin/ Brandenburg-Ausgabe der *Bild*. Dann der 2009 von der Stuttgarter Holtzbrinck-Gruppe zur Dieter von Holtzbrinck Medien GmbH abgewanderte *Tagesspiegel* und sein Schwesterblatt *Potsdamer Neueste Nachrichten* mit rund 140 000 Exemplaren, die *Berliner Morgenpost* mit 130 000. Die *Berliner Zeitung*, seit Jahren im Sinkflug, liegt bei 140 000 Exemplaren, die Boulevardzeitung *B.Z.* bei knapp 180 000, *Die Welt* schließlich bei rund 250 000 Exemplaren. Zum Vergleich: Die FAZ verkauft rund 360 000 Exemplare, die *Süddeutsche Zeitung* gut 420 000.

Was sich hinter diesen Zahlen verbirgt, ist allerdings sehr viel komplizierter, als ich es hier darstellen kann. So ist der Redaktionssitz Berlin für die Frage, ob man es mit einer Berliner Zeitung zu tun hat, kein alleiniges Kriterium. *Die Welt* etwa verkauft 90 Prozent ihrer Auflage außerhalb Berlins. Andererseits lebt die *Berliner Morgenpost* wiederum von Content, wie das heute so schön heißt, der von der *Welt* durchgereicht wird. Überhaupt existieren Artikel im großen Springer-Pool in vielen Aggregatszuständen.

Auch die von Hitler gesetzlich und faktisch brutal unterbrochene Kontinuität in der Entwicklung des Berliner Zeitungsmarktes wäre einen Exkurs wert. Man kann sich heute kaum mehr vorstellen, dass die 1898 erstmals von Leopold Ullstein verlegte *Berliner Morgenpost* 1927 Spitzenauflagen von 700 000 Exemplaren erreichte. Der ganze Ehrgeiz der Transformation von 1989 hat die Einschnitte der Nazizeit nicht mehr wettmachen können.

Immerhin waren Visionen vorhanden. 1992 kündigte Erich Böhme an, die von ihm damals herausgegebene *Berliner Zeitung* zur deutschen *Washington Post* auszubauen. Gruner+Jahr investierte Unsummen in die Redaktion und ein neues Erscheinungsbild. 1993 zog *Die Welt* von Bonn nach Berlin um. Doch erst 1999, als Berlin Regierungssitz wurde, erwachte das journalistische Leben vollends. Giovanni di Lorenzo versuchte, den biederen *Tagesspiegel* zur wahren Hauptstadtzeitung umzubauen. Die FAZ startete ihre „Berliner Seiten", ein vergagtes Riesenfeuilleton, in dem viele der Formen erprobt wurden, deren Relikte heute die FAS pflegt. Und die *Süddeutsche Zeitung* produzierte ihre wöchentliche Hauptstadtseite nunmehr täglich. Der Luxus war von kurzer Dauer. 2002, im Jahr der ersten großen Zeitungskrise, starben die „Berliner Seiten" sowie die Berlinseite der SZ. Auch der *Tagesspiegel* verordnete sich einen drakonischen Sparkurs und Umfangsreduktionen, die bis heute nachwirken. Das ökonomische Heil suchte man in Fusionen. Die Stuttgarter Holtzbrinck Gruppe kaufte damals die *Berliner Zeitung* – und durfte sie dann nicht übernehmen. Springer rührte *Welt* und *Berliner Morgenpost* in einem großen Redaktionstopf zusammen und holte 2008 *Bild* von Hamburg in die Hauptstadt.

Unterdessen hat eine neue Diskussion darüber begonnen, was Öffentlichkeit ist – in jenem Sinne, den Jürgen Habermas dem Begriff vor bald fünfzig Jahren in seiner Studie zum „Strukturwandel der Öffentlichkeit" gab und inzwischen mehrfach erweitert hat, um doch immer wieder die tragende Rolle des sogenannten Qualitätsjournalismus zu betonen. Das

– das des Journalisten. Es handelt sich *expressis verbis* um einen Kulturkampf. Und es gehört zu seinen ambivalentesten Entwicklungen, dass ihn die Zeitungen sich über die Kommentarfunktionen unter ihren Artikeln selbst ins Haus geholt haben.

Was musste passieren, damit sich junge Leute bis zur Ankunft des Mitmachjournalismus in einer Mediendiktatur wähnten? Man tut gut daran, die Kommentare, die Stefan Niggemeier in einem Blog-Beitrag über den „Kulturkampf gegen das Web 2.0" provoziert hat, nicht ernster zu nehmen, als man sie ihrer form- und gedankenlosen Art nach nehmen kann. Man muss aber Niggemeier selbst, scharfsinnig und klar, wie er als Blogger und Printjournalist schreibt, ernst nehmen. Im konkreten Fall lassen sich seine Argumente und die nachfolgenden Affekte leicht nachvollziehen. Denn die Selbstgerechtigkeit, mit der Zeitungen und Fernsehen vielfach das Netz und seine Versprechungen auf schnellen Ruhm als verantwortlich für den Amoklauf von Winnenden im März 2009 ausmachten, um im selben Moment eine Skandal- und Titelgeschichte nach der anderen aus dem Massaker zu schlagen, spottet tatsächlich jeder Beschreibung.

In einem größeren Zusammenhang aber drückt sich in den Kommentaren ein Gefühl aus, dessen reale Grundlage nur in der Hyperrealität einer undurchdringlichen Medienblase bestehen kann, die man zum Platzen bringen will. An die Seite der sogenannten vierten Macht gesellt sich eine fünfte, die Blogosphäre, als wären ihre Informations- und Meinungsströme der Kanalisierung durch *spin doctors* entzogen. Alles Überkommene verschwimmt vor den Augen dieser mit dem Vokabular des Antiautoritären operierenden Blogosphäre. Das Elend des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems verschmilzt mit der Dauer-Emotionalisierung der Privatsender, die moralische Bigotterie von *Bild* mit dem geisteswissenschaftlichen Zeitungsessay.

Das Differenzierungsvermögen gegenüber dem Web 2.0 dürfte, zugegeben, nicht stärker ausgeprägt sein. Es herrscht eben Kulturkampf im Lande. Wenn der von Rudolf Virchow geprägte Begriff auf die Auseinandersetzung zwischen Reichskanzler Otto von Bismarck und der katholischen Zentrumspartei zurückgeht, in deren Verlauf Bismarck dem deutschen Kaiserreich in den Siebzigerjahren des 19. Jahrhunderts die liberalen Tugenden einer Trennung von Kirche und Staat nahezubringen versuchte, so spiegelt sich im Ringen einer ererbten kirchlichen Autorität mit einer säkularen Vernunft etwas durchaus Aktuelles – nur nicht mit diesem Schematismus.

Gegenwärtig stehen nicht so sehr rationalisierbare Überzeugungen gegeneinander. Es geht um den Aufstand eines um Hipness bemühten Lebensstils von *digital natives* gegen ein System, das selbst in seinen namhaftesten Qualitätsprodukten manchmal nicht mehr vermitteln kann, wo die intellektuelle Latte liegt und der Unterschied zwischen einer substanziellen und einer substanzlosen Äußerung.

Die im Namen radikaler Demokratie gegen die Autorität der Institutionen aufbegehrende Blogosphäre mit ihren in der Masse entpolitisierten, zumeist pseudonymen Existenzen hat da leichtes Spiel. Doch handelt es sich um ein Spiel? Am anderen Pol der Schwarmintelligenz, die das Netz hervorgebracht hat, steht der Einzelne: der Absolutismus des Individuums. Der anarchischen Herrschaftsfreiheit der Blogs entspricht ein Hauen und Stechen um Anerkennung, dessen vermeintliche Gewaltwillkür eben dieser Diskurs eigentlich abschaffen wollte. Ein Staat als Gemeinwesen lässt sich damit kaum machen. Wie fragwürdig wirkt deshalb die politische Befreiungsrhetorik, mit der die Social-Media-Apologeten antreten.

Ich erkenne gerne an, dass es, je spezialistischer die Interessen sind und je professioneller

viele gute Beispiele mit Nutzwert gibt. Das Übermaß an *loser generated content* wird sich davon nicht einhegen lassen. Nicht nur, dass der Blogger am Ende einer Entwicklung agiert, in deren Verlauf eine mediale Mangelgesellschaft, in der die abweichende Meinung schnell sanktioniert wurde, in eine des Überflusses gemündet ist, deren Berühr- und Erregbarkeit jedes Mal aufs Neue getestet werden muss. Es definiert das Social-Media-Universum, dass der Beziehungsaspekt den Inhaltsaspekt übertrumpft: Kommentare erzeugen ist alles.

Nostalgie ist darauf keine Antwort – aber eine sprachliche Disziplin im Bewusstsein, dass sich Texte künftig in viel stärkerem Maß aus sich selbst heraus behaupten müssen, als sie es gewohnt waren. Schon recht: Es gibt keine kontextlosen Texte und also auch nicht die Autorität des reinen Wortes. Und dennoch gibt es Kriterien für Dichte und Energie eines Textes, für seinen Gehalt, seine Eleganz und Konsequenz.

Andrew Sullivan, der unter dem Titel „The Daily Dish" für den *Atlantic Monthly* bloggt, hat in seinem auf Deutsch im *Merkur* (Februar 2009) erschienenen Essay „Warum ich blogge" mustergültig dargelegt, was die Gattung ausmacht. Wo er aber die Befreiung des Autors durch die Spontaneität des Schreibens feiert, liegt auch die Zumutung an den Leser. Lohnt es wirklich, die vielen kleinen Inkonsistenzen, die jedermanns Denken prägen, in Echtzeit nachzuvollziehen? Sullivans kleine Poetologie ist in ihrer geschliffenen Dichte der beste Gegenentwurf zum rasenden Gefasel der meisten Blogs.

Immerhin: Das Beste an der Zukunft, wie Abraham Lincoln einmal gesagt haben soll, besteht darin, dass sie jeden Tag aufs Neue eintrifft. Die Konsequenz, mit der das Internet an allen gewohnten Medienhierarchien rüttelt, spricht allerdings eher dafür, dass es nur noch darum geht, die Untergangszeichen der Gutenberg-Galaxis richtig zu deuten. Doch solange selbst die Vordenker der Netzkultur einander widersprechen, bis in welche Ecken der Cyberspace sich ausdehnt, muss nichts so kommen, wie es kommen soll. Dazu haben auch die Zeitungen etwas beizutragen.